

**Dienstgebäude Ortsamt
Stellungnahme**

zum Vorschlag der Senatskanzlei, das Ortsamtsgebäude in Borgfeld einer anderen Nutzung zuzuführen und den Betrieb des Ortsamtes Borgfeld außerhalb des räumlichen Zuständigkeitsbereichs unterzubringen.

Der Beirat Borgfeld lehnt das Vorhaben aus inhaltlichen Gründen ab. Eine Unterbringung des Ortsamtsbetriebs außerhalb des räumlichen Zuständigkeitsbereichs ist für uns überhaupt nicht akzeptabel.

Begründung:

- Borgfeld ist mit 16,6 Quadratkilometern der drittgrößte Ortsteil Bremens.
- Unser Ortsteil, der Timmersloh mit einschließt, ist sehr weitläufig, zum großen Teil noch ländlich strukturiert, die Bevölkerungszahl hat sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Borgfeld hat, was uns besonders wichtig ist, einen noch funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Anders als in einem mehr oder weniger anonym strukturierten städtischen Bereich, werden sowohl das Ortsamt als auch die in der Außenstelle untergebrachten Kontaktbereichspolizeibeamten regelmäßig direkt von Bürger-/innen, die Hilfe und Unterstützung benötigen, aufgesucht. Der Sitzungssaal des Ortsamtes wird regelmäßig für Ausschuss-, Beirats- und Vereinssitzungen genutzt. Eine kostenlose Alternative steht in unserem Ortsteil nicht zur Verfügung.
- Kirche, Schule und Ortsamt stellen in unserem Ortsteil ein funktional wertvolles Ensemble dar, das den Charakter des alten, ländlich geprägten Borgfeld zum Ausdruck bringt. Diesen Charakter gilt es zu erhalten.
- Die Bürger-/innen, die so vorstellig werden und ihr Ortsamt oder ihre KOPs aufsuchen, kommen weniger mit einem Kraftfahrzeug, sondern eher zu Fuß oder mit dem Fahrrad.
- Eine Verlegung des Ortsamtes und der Außenstelle der Polizei nach Horn, würde das eingespielte System von örtlicher Präsenz der hier dazu gehörenden staatlichen Stellen und Bürgernähe zerstören.

- Außerdem geben wir zu bedenken, dass viele Neubremer ihre Ansiedlungsentscheidung wegen der örtlichen Struktur getroffen haben und in Zukunft treffen werden.
- Bei allem Verständnis für eine sparsame Haushaltsführung und der Suche nach Möglichkeiten, die Kosten zu reduzieren, darf dabei die politische Zweckbestimmung nicht vergessen werden. Insbesondere das Ortsamt fungiert für den Beirat außerhalb der öffentlichen Sitzungen als Meldestelle für Wünsche und Anregungen aus dem Ortsteil.
- Wenn wir bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe unterstützen wollen, müssen wir auch die dazu erforderlichen tatsächlichen Rahmenbedingungen schaffen bzw. zu erhalten. Dazu gehört die Präsenz von staatlichen Anlaufstellen im örtlichen Zuständigkeitsbereich in zumutbarer und von den Bürger-/innen akzeptierter Entfernung.

Wenn das jetzige von Ortsamt und Polizei genutzte Gebäude einer anderen Nutzung zugeführt werden soll, verlangen wir Ersatz im Ortsteil, und zwar Zug um Zug.

Gabi Piontkowski und Fraktion der CDU

Gerd Ilgner und die Fraktion der SPD

Dr. Jürgen Linke B90/Grüne

Gernot Burghardt und Fraktion der FDP